

# Volksweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Volksweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonntag. Preis: 30 Halbpennig monatlich postfrei. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und die Verlagsstelle (Galle), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Druck: Höber, Galle, Leipzigerstraße Nr. 21. —

Anzeigenpreis: für die schmalste Linie 10 Halbpennig. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Volksweiser: Galle (Galle), Leipzigerstraße Nr. 21. — Druck: Höber, Galle, Leipzigerstraße Nr. 21. —

Nummer 40

Galle (S.), Sonnabend, 12. Dezember 1925

1. Jahrgang

## Volksnot gegen Fürstenansprüche!

### Randbemerkungen.

### Der Breslauer Parteitag.

Von Dr. Theodor Heuß, M. d. R.

Unsere Leser erhalten einen stimmungsvollen Bericht über den Breslauer Reichsparteitag von Seiten eines Teilnehmers, der selbst starken Anteil am Gelingen der Tagung hatte. Seine glänzende Entgegnung auf die hochbedeutenden, aber fast unmittelmittleren kultur-philosophischen Darlegungen von Hellpach mußte Heuß selbst freier, mir aber wollen hier noch seiner nach Inhalt und Form löstlichen Anrede beim Festabend im Stadttheater gedenken.

Der diesjährige Reichsparteitag stand demnach auf einer noch größeren geistigen Höhe, als die vorhergehenden. Mit dieser Feststellung sollen die unangenehmen Eindrücke vornehmlich von Bremen (Walter Rathenau und Gertrud Bäumer) und Weimar keineswegs verwehrt werden. Jedoch in Breslau war das Gesamtniveau unerreicht hoch; es gab kaum etwas Mittelmäßiges, und die Aussprachen wackelten fast durchgehend wertvollste.

Glänzend haben die Frauen abgemittelt; von den Rednerinnen beim stimmungsvollen Begrüßungstee der Breslauer Parteifreundinnen, dem glänzenden Appell an und für die Künstler — vornehmlich Schauspieler — von Frau I. M. den temperamentvollen Diskussionsführerinnen Marie Elisabeth Benders und dem ausgezeichneten, knappen Referat der Gesundheitsführerin des Reichsausschusses Gertrud Wittstock über die

Wipfelleitung Emmy Beckmanns und Gertrud Bäumers zur ergreifenden Klage und Anklage der Memelländersituation Elisabeth Benders-Höpfner in der Schlussfrageundeutung „Der Deutsche Dämon“ haben die Frauen einen Beweis geliefert, wie unser Führer doch es auch zum stimmungsvollen Ausdruck brachte, daß die politische Gleichberechtigung eben den Männern erworben haben.

Eine beglückende Einmütigkeit war vorhanden, wie sie selten ist. Es hat keinerlei ernsthafte Gegenstände gegeben, als die durch das Hellpach-Referat herausbesprochenen. Diese offene Aussprache aber — über das Verhältnis zum Katholizismus zur Demokratie — war ein reicher Gewinn; und selbst die Rechts-Presse hat zugeben müssen, daß eine ernstliche Diskussion nur in unsere Reichspartei gegeben und in solcher Weise geführt werden konnte.

In allen anderen Fragen herrschte völlige Einmütigkeit, auch über das Kapitel Geßler. Die Mittelmäßigkeit ist beleuchtet und getriggt, und es wurde erneut betont, daß unser Partei keinerlei Verantwortung für den einseitigen Minister trägt. Die bevorstehende Regierungslösung scheint überaus von selbst die wünschenswerten Veränderungen zu bringen.

Sindenburg hat mit dem Takt, der unseren beiden ersten Reichspräsidenten eigen, den Wunsch nach

#### der großen Koalition.

der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung, zum Ausdruck gebracht und damit die Deutsche Reichspartei zu einer Entscheidung zu Gunsten der großen Koalition veranlaßt. Hoffen wir, daß auch die Sozialdemokraten ihre Bedenken fallen lassen werden und die einzige, weil aktionsfähige und Dauer verheißende, Neuerung bald zustande kommen wird.

Denn brennende Fragen harren ihrer Entscheidung: wirtschafts- und sozialpolitische, angeht die großen Not des Winters; ferner — außenpolitische.

#### Die allgemeine Abrüstung

Die Abrüstung der Besetzung der zweiten und dritten einlandigen sind — neben Saargebiet und Handels-schiffahrt — die großen Probleme, die gebieterisch nach Lösung verlangen. Diese Lösung wird aber voraussetzt im Rahmen des Völkerbundes stattfinden, und auch Vertrag von Locarno — bzw. London — ist erst in Kraft, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist. Darum ist jetzt die Wählung des Einheits-Tutschlands dringendes nationales Gebot.

Wie leicht das bedeutungsvollste Ereignis der Breslauer Tagung war für uns die Feststellung wälder Einigkeit der Partei in diesen außenpolitischen Fragen, so daß Schluß- und die erheut feststellen konnte, daß heute keine die Reden hatten, die er bereits vor fünf Jahren gehalten hat.

Die Friedensbewegung ist nicht mehr unentwickelt: Entwicklung hat ihr Recht gegeben!

F. W. D.

Die Tagung der Demokratischen Partei mußte die Farbe vom Ort und vom Zeitpunkt der Verhandlungen erhalten. Die besondere Lage des deutschen Ostens, politisch und kulturell, wirtschaftlich und sozial, war der Afford mit dem die Beratung eingeseht, mit dem sie in einer großen Rundgebung auslang. Der schmerzliche Widerstand der oberjohannischen Zerreißen sieht hier deutlich vor jedermanns Bewußtsein, Dispreußens Abtrennung wird als Nachbarfischdick empfunden, die Frage von Danzig und Memel weist ein stärkeres Echo als — leider — in anderen Bezirken des Vaterlandes. Wird auch dem deutschen Osten der „Geist von Locarno“ Beruhigungen und Erleichterungen bringen, Soffnungen erfüllen? Er ist der vorgezogene Punkt, an dem Deutschland Mittel-Rolle zwischen der slawischen Welt und dem Westen beginnt.

Der Weg nach Locarno, der schwer genug war, der Aufbruch von Locarno, der ein neues Land der politischen Wirkungsmöglichkeiten erschließen soll — das waren die Leitmotive von Erich Koch großer politischer Rede. Die innerpolitische Auseinandersetzung trat demnach zurück hinter den außenpolitischen Zeitgedanken — sie konnte nicht vermieden werden; aber sie blieb den außenpolitischen Notwendigkeiten untergeordnet. Denn Locarno-Rat und Völkerbundseintritt sind nicht als ein Gewähr, sondern als ein politischer Aufgabenkreis zu fallen, und es war dann notwendig, daß Koch konkrete Ziele und Möglichkeiten herausarbeitete. Denn die ganze Fragegruppe, die sich auftrat, Völkerbundesrecht und internationale Abstützungsbeschränkung, müssen nun im deutschen Bewußtsein aus dem abstrakten Sentenzien gehoben und in einem Willen verfestigt werden, der Kraft und Entschlußkraft als seine Gehilfen weiß. Daß die Anlage der Außenpolitik in die Folgezeit der Großen Koalition einmündet, ergab sich als logischer und sachlicher Zwang, nicht aus der Viehhäbererei zu einer innenpolitischen Schablone; mit großer Ernst wandte sich Koch an die Sozialdemokratie und forderte Konsequenz für Landsbergers Wort: daß man Popularität nicht erwirbt, um auf ihr auszuruhen, sondern um sie für ein erkanntes Ziel auszuweisen zu lassen.

Gertrud Bäumer lieferte, als Ergänzung, über die Frau und die Außenpolitik profunde; aber sie wählte diese etwas unglückliche Themenstellung weg und gab einen Abriss der nationalen Bindungen, der internationalen Verbündeten und ihrer ersten Synthesen in dem geistig kulturellen Leben der Nachkriegszeit, vor allem den deutschen, französischen und angelsächsischen Kreis behandelte und die symptomatischen Zeugnisse bewertend — Trauereine zu einer Ideologie, aber auch einer praktischen Methode der außenpolitischen Voraussetzungen im Gestalt der nationalen Demokratien.

H. Dietrichs wirtschafts-politisches Referat gründete sich auf einer knappen Wirtschaftsbilanz, vor allem der Schlüsselindustrien; aber nicht in der Statistik, sondern in der Belebung der Zahlen lag der große Reiz seiner losungen pädagogischen, in ausgezeichneter Architektur entworfenen Rede. Ein breiter Stoff war zusammengeordnet mit notwendigen Vereinfachungen, die aber doch nicht Verflachungen waren — trotzdem der lebensfähigste Ernst der Sachbearbeitung die dunklen Seiten der finanziellen Krise und ihre furchtbaren Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nicht übersehen konnte oder bespödnigen wollte, erstand aus dem Urteil über die technische und seifische Lage ein fester Optimismus an die deutsche Leistungskraft, sofern nur der

### Die Ansprüche der Fürstenthäuser.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß der jüngst von der demokratischen Reichstagsfraktion als Initiativ-Antrag eingebrachte Gesetzentwurf über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung der früher regierenden Fürstenthäuser von eminentester Bedeutung ist, und daß der Reichstag die dringende Aufgabe hat, ihn nach der Vorberatung im Ausschuss schließlich zu verabschieden, so müssen jetzt die Mitteilungen des Amtlichen Preussischen Pressebüros über den Inhalt des im Preussischen Finanzministeriums ausgearbeiteten Vergleichs mit dem ehemaligen Königshause auf dem Widdesien die Augen öffnen. Die frühere Königsfamilie soll demnach außer einigen

ökonomische und staatliche Organismus sich tapfer von dem Leerlaufbefänden des letzten Jahres abheben werden.

Die angeregte und offene Aussprache ein gutes Niveau nehmende Debatte brachte nach der Seite der Seelings- und Sozialpolitik, der Aufzählung und Förderung willkommene Ergänzungen; ihren politischen Höhepunkt erreichte sie mit Quides Ausführungen, daß für keinen Deutschen und für keinen Friedensfreund die Regenerierung des deutschen Ostens als einziges Recht hingenommen werden könne, und daß er seine Aufgabe in all den Jahren darin gesehen, die den ausländischen Friedenspolitikern das Bewußtsein von dieser Tatsache zu verbreiten.

War so die Partei, den Fragen der aktuellen Politik gegenüber, geistig und sachlich geschlossen, so ging von der Kulturredakte aus eine feste und die Seelen bewegende Spannung durch die Tagung. Auch hier Geschlossenheit angeht die Sorgen der praktischen Politik; gerne und dankbar folgte man G. Wolff und Emmy Beckmann, als sie Schul- und Bildungsfragen in ihrem geistigen Gemüht und organisatorischen Aufbau mit der Gesamtentwicklung des nationalen Lebens verbanden. Gerne und dankbar folgte man auch Willy Hellpach, als er in einem glänzenden Entwurf und starker Diktion die Elemente des demokratischen Lebens aus den Eigenmöglichkeiten der germanischen Art entwickelte und sie dann an dem Grundcharakter der großen christlichen Konzeptionen maß — bei diesem Punkte aber, auf die historisch-wissenschaftliche Darstellung abgesehen, fehlte der Widerspruch ein. Da ich es selber war, der den katholischen Standpunkt vertrat, selbsterleuchtet, steht es mir vielleicht nicht an, in dem Überdick gerade bei dieser Erörterung mich anzuhaken. Aber es ist sachlich notwendig.

Die Differenz liegt nicht in der Ebene der tagespolitischen Zweckmäßigkeit, ob es „Aug“ war, in diesem Augenblick eine tiefe Gegenwärtigkeit von Katholizismus und Demokratie, eine Identität der Grundpositionen des Protestantismus und der Demokratie herauszuarbeiten. Hellpach hat selber ausgesprochen, daß die Angelegenheiten der Tagespolitik außerhalb solcher Fragestellungen liegen, und mir kam es anders an als auf tatsächliche Verbindungen. Hellpach hat dogmatisch-theologische Voraussetzungen rein dialektisch behandelt und sie dadurch überlebt — das ist für eine geistlich-philosophische „Disputation“ freudbar, aber gefährlich für die Bewertung konkreter historischer und politischer Befände, die nun eben nie reine Bewirklichungen der Idee sind, sondern Mischungen sehr relativer Herkünfte. Seine geistige Gestaltlosigkeit isolierte Wesenhaftes aus einer zeitgeschichtlichen Bedingtheit und hob es zum Abstrakten — die puritanische Dogmatik und Ethik zum einen, die hierarchische Ordnung des Katholizismus zum anderen. Darüber vernachlässigte er u. E. die Problematik, in die hier das lutherische Staatsverständnis geführt hat, in der dort je und je abstrakter Anspruch durch Wohlshoden und soziale Ordnung gefährt wird. Um nicht davon zu sprechen, welche innerliche Verklärung das katholische und das rationale Naturrecht als Grundstoff demokratischer Ideologien besitzen. Zeit war der Parteiung zu einer theologischen Konferenz von Nicht-Theologen geworden, die scharfe Fragestellung ist aber von allen als Zwang zum ersten Durchdenken dieses Problemkreises gewirkt worden. Und es mag als Ergebnis die Erkenntnis bleiben, daß der Antrieb zu demokratischen Handeln seine Quellen aus mancherlei Gebirge weltanschaulicher Gestaltung strömen sieht.

Schlössern, deren Wert allein schon etwa 70 Millionen betragen dürfte, und mehreren Hausgrundstücken, sowie außer dem Gebrauchsmobilien und Familienfundus einen Lands- und Forstbesitz im Umfang von 290 000 Morgen und dazu eine Barsumme von 30 Millionen erhalten. Dieser Betrag entspricht ungefähr dem Werte der 110 000 Morgen Land und Forst, die das Hohenzollernhaus dem Staate überläßt, jedoch es in Wirklichkeit von dem beanspruchten riesenhaften Grundbesitz garnichts abzugeben hat. Was dem Staate sonst noch zufällt, stellt außer der Konfiskationsteilnahme in der Hauptfrage nur Objekte dar, die für den Staat seinen Vermögenszuwachs sondern nur eine erhebliche Steigerung der Ausgaben bedeuten: Theater, Museen und dergleichen.

Im ganzen genommen ein Vergleich, wie er günstiger für das Fürstenhaus, ungünstiger für den Staat garnicht gedacht werden kann, so ungerecht und so einseitig lediglich

die Interessen der ehemaligen Dynastie berücksichtigend, daß er auch dann schon garnicht abgesehen werden dürfte wenn Preußen im Gelde schwämme, ganz unmöglich aber ist zu einer Zeit, da der Staat wie seine Bürger notleidend und nicht einmal für die unmittelbaren Bedürfnisse der Existenz die erforderlichen Mittel aufzubringen vermögen. Nur wer darauf spekuliert, daß für ihn in irgendeiner Form aus dem dem Staat dem früheren Königshause je reichlich zur Verfügung gestellten Geld etwas abfällt, kann ohne Enttäuschung auf einem Abkommen Kenntnis nehmen, das jedem Begriff von Recht und Billigkeit widerspricht. Wir haben in der letzten Zeit leider schon mehrfach Abfindungsverträge erleben müssen, die den betroffenen Ländern unerträgliche Lasten zum Besten ihrer früheren Potentaten auferlegten — was nimmst denn Preußen die Staaten angeschlossen wird, geht noch weit über das hinaus, was sich in Braunschweig, in mehreren thüringischen Staaten und anderswo die Fürstentümer unter freudwilliger Unterfertigung der reaktionären Parteien bewilligen ließen.

Daß das Preussische Finanzministerium den vorliegenden Vertragsentwurf nur mit schwerem Herzen hergesehlet hat, das ist über jeden Zweifel erhaben. Aber der jetzige Finanzminister befindet sich aus zwei Gründen in einer Zwangslage. Einmal hat sein Vorgänger, der Volksparteiler von Richter, aus übergroßer Rücksichtnahme für die Wünsche des früheren Königshauses die Angelegenheit gründlich verfahren, obwohl es, wie alle Sachkenner wissen für ihn sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit gelegen hätte, etwaigen Schwierigkeiten von der anderen Seite durch eine frächtige Offenheit zu begegnen. Aber nichts dergleichen geschah, und so gingen die Dinge ihren Lauf. Man braucht sich jetzt garnicht mehr mit der langen und trübseligen Geschichte der bisherigen Auslegungserläute und den Hohenjollern näher zu beschäftigen, denn inzwischen ist dank Herrn von Richter die Entwicklung dahin gediehen, daß die ordentlichen Gerichte angefangen haben, sich mit den vermögensrechtlichen Ansprüchen des früheren Fürstentums zu befassen, und da hierbei, um Bismarcks schon früher zitierten Ausdruck zu wiederholen, „der Standpunkt des Kreisrichters“ maßgebend ist, für den das juristische Verhältnis eines Monarchen zu seinem Lande das gleiche ist wie etwa das eines Eisenbahnelleners zur Eisenbahnverwaltung, so sind diese Prozesse sämtlich zum Vorteil der klägerischen Prinzen ausgefallen. Will also der preussische Fiskus nicht alles verlieren, so muß er sich zu einem Vergleich entschließen, der ihm wenigstens etwas übrig läßt.

Weshalb aber muß er das? Weshalb können die Richter, nach dazu unter Beratung auf den in der Reichsverfassung gewährleisteten Schutz des Privatigentums, so auffällige Urteile aussprechen? Damit berührt man das zweite Moment, das den preussischen Finanzminister — und nicht nur den preussischen — in seiner Bewegungsfreiheit hemmt; das ist das völlige Versagen der Reichsregierung in diesem Punkte. Selbst redyestehende Minister deutscher Länder haben aus ihrer Enttäuschung darüber kein Hehl gemacht, daß das Reich sie bei dem Abschluß der Abfindungsverträge im Stiche gelassen hat, und wenn gerade jetzt der Älteste Preussische Präsident in die Grundzüge des Hohenjollern-Vertrages publiziert, so wird man das als eine Klugheit des Finanzministers in die Öffentlichkeit aufpassen müssen, die er noch im letzten Augenblicke unternimmt. Doch es handelt sich hier keineswegs nur um die Finanzminister und um deren Reichsver-

den; vollen Grund zur lebhaften Kritik an der Untätigkeit der Reichsregierung in dieser Beziehung haben auch die meisten Volksgenossen persönlich. Denn jetzt treffend gekennzeichnet der demokratische Abg. Dr. Schüding im „Berliner Tageblatt“ die jetzt herrschende Lage wie folgt: „Witwen und Weisen hat man durch die Inflation bis auf den letzten Pfennig ausrauben können, Staatsgläubiger sind bis auf wenige Prozente ihrer Forderungen vom Staate entrechtet worden, über wohl erworben Rechte der Beamten hat man sich hinweggesetzt, aber die besoffene Dynastie darf nach der Reichsverfassung in ihren teilweise höchst fragwürdigen Eigentumsansprüchen nicht beeinträchtigt werden!“

So kann es nicht weitergehen. Der Antrag der demokratischen Reichstagsfraktion darf im Ausschuß, wohin er nach der ersten Lesung verwiesen wird, nicht verschleppt werden. Die öffentlichen rechtlichen Verhältnisse, nach denen allein die Abfindung mit den Fürstentümern geregelt werden muß, ist völlig durchsichtig, und es ist daher bei gutem Willen sehr wohl möglich, den Antrag vor Weltmachten Gelesen werden zu lassen. Lange Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Denn wenn der Vertrag mit den Hohenjollern nicht mehr bis zum 1. April nächsten Jahres genehmigt worden ist, ist dieses Fürstentum nicht mehr daran gebunden, und die eigenartigen Prozesse vor dem „Kreisrichter“ nehmen ihren Fortgang. Das Volk erwartet die Maßnahmen des neuen Reichstagsinnetts!

## Ein Volksentscheid über die Fürstenabfindung

wird innerhalb der Sozialdemokratie für den Fall erwogen, daß der Reichstag den eben der ersten Beratung unterzogenen Gesetzentwurf der Demokraten über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstentümern ablehnen sollte. Da dieser Gesetzentwurf nach seiner Vorberatung im Reichsausschuß noch zwei weitere Lesungen im Plenum zu passieren hat, so ist, auch wenn man dringend verlangen muß, daß die Erledigung des demokratischen Antrages noch vor den Reichstagsferien stattfindet, die Frage des Volksentscheides nicht unmittelbar akut und drängt daher heute noch nicht endgültig beantwortet zu werden. Aber auffällig ist es immerhin — und das verdient schon jetzt hervorgehoben zu werden, — daß den Monarchisten, wie sich aus ihrer Presse ergibt, der Gedanke eines Appells an das Volk in Sachen der Fürstenabfindung überaus unpopulär ist. Und dabei sollten sie ihn doch mit Freuden begrüßen! Denn sie haben uns immer wieder tief Zahlen vorgesetzt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Wünsche zu den staatsrechtlichen Verhältnissen der Vorkriegszeit wünsche. Nun wäre einmal gute Gelegenheit bei einem solchen Volksentscheid gegeben, die Probe aufs Exempel zu machen. Wenn die Stimmung im Deutschen Reich wirklich so ist, wie die Deutschnationalen sie bisher stets dargestellt haben, dann würde die große Mehrheit der Bevölkerung, obwohl sie durch den Krieg und seine Folgen — ein Erbfluch des alten Regimes — hineinverwirrt ausgepowert ist, gern bereit sein, für eine „standesgemäße“ Abfindung der ehemaligen Fürstengeschlechter zu sorgen. Oder nicht? Den Monarchisten kommen jetzt mit einem Male erhebliche Bedenken; sie fürchten, dabei ertrapp zu werden, daß sie den Mund übermäßig voll genommen haben bei ihrem Renommieren über ihre große Anhängerschaft.

## Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

richtete in der Stunde der Unterzeichnung der Botschaft von Locarno an die Volksministerien der 18 deutschen Freistaaten das dringende Ersuchen, unverzüglich Sorge zu tragen, daß die betreffenden Instanzen erneut auf den Artikel 148 A. B. hingewiesen werden, damit endlich an deutschen Schulen und Universitäten endlich dem Geiste der Völkerverbrüderung Eingang verschafft werde.

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

weder vorausichtlich Anfang nächster Woche wieder aufgenommen werden, da inzwischen die französische Kabinetskriege ihr Ende gefunden hat und die deutschen Unterhändler bei ihrer Rückkehr nach Paris eine verhandlungsfähige Regierung vorfinden werden. Ob nun aber auch die Sache selbst die wünschenswerte schnelle Förderung erfährt, muß man leider bezweifeln. Denn die Zollmauern, die die beteiligten Länder an ihren Grenzen aufgerichtet haben, sind so hoch und so fest, daß sie nur mit größter Mühe überfliegen werden können. Die Hochschul-Physiologie, die in fast allen europäischen Staaten herrscht, macht es ja Deutschland so unendlich schwer, zur Einigung über dauernde Handelsverträge mit den meisten seiner Nachbarn zu gelangen. In dem vorliegenden Falle kommt noch hinzu, daß die französische Zollgesetzgebung so ausgefüllt ist, daß sie ihrer eigenen Regierung den Abschluß vernünftiger Handelsverträge geradezu verbietet. Vernünftig sind nämlich nur solche Verträge, die auf dem Boden der unbedingten Weibbegünstigung stehen; dieser Boden aber ist nach dem französischen Gesetz, wie es scheint, unangabar. Welters Erklärungen der Verhandlungen liegen darin, daß in Frankreich ein neuer Zolltarif in Vorbereitung ist, über dessen definitive Gestaltung sich noch nicht sagen läßt, weil sich die Deputiertenkammer damit überhaupt noch nicht befaßt hat. Und zudem steht auch noch der schon erwähnte Kurs des Franken hindernd im Wege insofern, als die deutsche Regierung diesem Schwanken durch ein System von Zollausschüssen begegnen möchte, was nun wieder dem Franzosen sehr gegen den Strich geht. Unter diesen Umständen ist kaum auf ein baldiges positives Ergebnis der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu rechnen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn man zu einer vorläufigen Vereinbarung kommen könnte die zunächst einmal einen einigermaßen geregelten Handelsverkehr verbürgt.

## Das chinesische Kaleidoskop.

Nach dem letzten Nachrichten aus China ist — freilich bedingt — der christliche General Fung Herr der Lage im Reich der Mitte. Seinen Sieg verdankt er nicht einem großen Feldschlag, sondern wohl mehr den chinesischen Kampfmitteln der Bestechung und Intrigue. Sein härtester Rivale, der von Japan und anscheinend auch von Amerika unterstützte bisherige Beherrscher der Mandchurien, Marischall Tschang-Lo-Vin ist lahmgelager durch Streitigkeiten im eigenen Lager. Ein Teil seiner Truppen geht sich gegen ihn erhoben, seinen tüchtigsten General gefangen genommen und seinen Sohn zum Führer ausgerufen. Wie seinem anderen Rivalen, dem General Wu-Pei-Zu selbst sich General Fung auf irgendeine noch nicht bekannte Weise geneigt zu haben. Damit hat die Politik der russischen Sowjetregierung, die den General Fung unterstützt, einen

## Seuilleton

### Herzliches Beileidschreiben an die „Deutsche Zeitung“!

Amigstgeliebteste „Deutsche Zeitung“!

Du wirfst Dich pathetisch in Trauerkleidung  
Und streuest Asche aufs edle Haupt,  
Weil Hindenburg hätte man so was geklaut?  
Dem bösen Streifemann ging ins Garn — ob? —  
Und unterschrieb den Vertrag von Locarno!  
Du rufft Du ein völkisches Donnerwetter  
Herab auf den einst so geprüften „Kaiser“!  
Du schreibst — bis aufs Patentzettel verlobt —  
„Hindenburg — weh! — Fahren halbmaht!“  
Und weiter schreibst Du — doch ist kein Sohn —  
Doch nimmst Du die Gebeine der Aktion —  
Herrn Hindenburg würden verlassen soll Jörn,  
Weil er nicht tutet ins völkische Horn.  
Dein Kummer ist uns gar wohl verständlich  
Und unser Beileid drum ganz unendlich!  
Was nützen nun all die schönen Mädchen,  
Was nützen Dir manches vortreffliche Weibchen,  
Als einst Du drohstest, Du liebst, Du Gute,  
Daß Hindenburg würde mit der Aute  
Die Republik gründlich „mores“ lehren,  
Herrn Streifemann hätte halt und Reventlow ehren?  
Gibt Hindenburg wurde nicht mehr Verstand  
Als die Sittlichkeit allam in Land,  
Und auch die heroischen Deutschnationalen  
Lächelt er „liegreich woll’n wir Frankreich“ probieren,  
Er arbeitet still für des Landes Gebeine  
Und kimmert sich nicht um völkisches Schreien.  
Denn der alte Feldherr weiß ganz genau:  
Man schlägt keinen Feind mit Hohenjollern!  
Er bringt ein Opfer, mannaß und groß —  
Drum trifft ihn des völkischen Dolches Stoß.  
Drum schimpft man ihn heimlich und nörgelt laut,  
Weil den Friedensbeheren vor dem Feinde grant!  
Drohbriefe an Streifemann kommen zu Hundert,  
Wobei man sich über eines nur wundert:  
Daß nicht die Herrn von den edlen „Jemen“

Die Sache in ihre Hand übernehmen.  
Soweit hat man's in Deutschland gebracht:  
Wer fürs Vaterland leere Spritzen kann schinden  
Wie Dittler — dem soll man Lorbeerlein winden.  
Herr Lubendoff, der, als „holland“ in Kloten,  
Mit blauer Brille nach Schweden ging flöten,  
Gibt seine Weisheit ja auch zum besten —  
(Sie besteht leider nur noch aus traurigen Resten)  
Und will den Hindenburg kritisieren,  
(Als hätte er selbst noch was zu verlieren!)  
Auch schreibt der Arme, nervös Erkrankte,  
Daß Hindenburg in ihm seinen Ruhm verdankte!  
Ach ja, die „Völkischen“ habens schwer,  
Denn Wähler finden sie auch nicht mehr!  
Und sind doch die Gebeine der Nation —  
Du lieber Himmel! — wer laßt der schon?  
St Du, liebe Zeitung, vielleicht noch bewußt,  
Wie es war anno 14, im Monat August?  
Da zogen die Deutschen hinaus ins Feld —  
Durch nichts getrennt — ein Volk, ein Welt!  
Da waren nicht „rechts“ nur die Patrioten,  
Da waren wir „eins“, als Wetter uns drohten.  
Doch später, als es galt, Opfer zu bringen,  
Da wolle! es den Herren von rechts nicht gelingen,  
Von ihren „Rechten“ — was man so hieß —  
Das Kleinste zu opfern — nein, nur nicht dies!  
Das Preußenwahrheit, die kleinste Reformen,  
Für neuen Geist auch die neuen Formen —  
Nichts wollten sie opfern dem Vaterlande,  
So brachten sie selbst den Umsturz aufstehend!  
Die Herren „Gebeine der Nation“ —  
Ach ja, ach ja, die kennen wir schon!  
Während Arbeiter, Mittelstand hungernd litten,  
Wichen sie getreu ihren alten Sitten  
Und lebten auf Süßigkeiten und Gütern gar froh  
Freiheitsfröhlich in Duldsühnbil!  
Während draußen im Felde Millionen fielen,  
Begnügten sie sich nicht mit den großen Heilen,  
Des Vaterlandes Grenzen vor Feinden zu schützen.  
Sie sagten: „Was kann uns das nützen?  
Wir wollen Kurland erobern und Flandern,  
So brachten sie selbst den Umsturz aufstehend!  
Nimmer feste drauf mit gepanzerten Faust!  
Uns hat noch nie vor dem Kriege gestraukt!

Ka profit, Herr Graf!“ — So ging das Geschrei  
Der Heimkrieger — „Vaterlandsparadei“!  
Der Frontsoldat tat getreu seine Pflicht —  
Doch ein völkischer Hurrareh war er nicht! —  
Doch, wie gelagt, Dein Schmerz ist begründet,  
An deiner Wahrheit gewiß nicht zweifelt!  
Und wenn Du noch mehr von Hindenburg wüßtest,  
Du gar noch tiefer ergrimmten müßtest!  
Denn haune und halte Dich fest, Redakteur,  
Jetzt kommt erst das allgerichtigste Maßwerk:  
Sich Hindenburg neulich in Frankfurt war  
Und in Dresden — da brachten ihm Ehrungen der  
Die Republikaner, Mann für Mann,  
Und der alte Soldat hatte Freude daran!  
Er begriffte sie sorgfältig mit Worten voll Kraft  
Und rührte den Geist, der Einigkeit schafft!  
Denn Einigkeit brauchen wir, „Liebe“ Zeitung,  
Denn er sorgt nur für die „Mietzucht“ Verbreitung.  
Du hast, das beweist Du jedesmal,  
Keine Ängstung von dem, was „national“,  
„National“ — dies Wort umspannt die Nation,  
Und alle, verstanden? Dein glittiger Ton  
Mag uns Republikaner beschimpfen getroßt,  
Uns ehrt es nur, wenn Du Dich erhoßt!  
Wären „national“ nur die Rechts-„Verbände“,  
Gar schlimm alsdann es um Deutschland stände,  
Dann gäb es kein deutsches Volk mehr, fürmaht!  
Doch der Anstalt ist zu offenbar!  
Ihr wollt „national“ nur die lassen gelten,  
Die „Reaktionäre“ man sollte scheitern!  
Die den übrigen Teil der Nation verachten  
Und sich als die kostbarsten Perlen betrachten!

Doch wartet nur, eure Zeit steigt schon nieder,  
Die „Welle“ nach rechts“ vereebst sagte wieder,  
Bekannt und Bekant gewinnen den Krieg,  
In Kaumanns Geiste wint uns der Sieg!  
Die Republik stürzt ihr uns nicht mehr nieder,  
Und tut ihr es doch — wir holen sie wieder!  
Ihr sollt, das wollen wir täglich schänden,  
Der letzte Tropfen Blutes gebären!  
Drum zieht nur die Patentzettel in Auf,  
„Halbmaht“, meine Herren, ihr habt Grund dazu!

großen Erfolg davongetragen, und die Arbeiter der in Kettung tagenden Zollkonferenz scheinen nunmehr fruchtlos zu sein. General Geng ist eine der markantesten Persönlichkeiten Chinas. Er gehört zu der national-revolutionären Bewegung der Sun-Min-Tang, die bisher nur in äußerster Sitten, in Sanktion, Fuß fassen konnte. Diese Bewegung wird vielfach als bolschewistisch bezeichnet, sie aber wohl vor allem Dingen als eine chinesische nationale und soziale Reformbewegung zu betrachten.

## Der Abbau der spanischen Diktatur

Die jetzt wirklich vorgenommen werden zu sollen. Der bisherige Diktator Primo de Rivera will wieder ein ordnungsmäßiges Kabinett bilden, für das auch andere Männer als lediglich Kreaturen Riveras herangezogen werden sollen; der Uebergang zu einer parlamentarischen Verfassung soll dadurch begonnen werden. Das geschieht zu einer Zeit, da in Italien Mussolini, das Vorbild Primo de Riveras, am Werke ist, die letzten Freiheiten des italienischen Staats zur höheren Ehre des Faschismus zu beugen. Es hat also den Anschein, als ob der spanische Diktator eingesehen hat, daß eines sich nicht für alle eicht. Aber es ist doch vorzuziehen, aus den jetzigen Umständungen Riveras als ein vorübergehendes Mittel zu ziehen. Schon wiederholt ist die Aufhebung der Diktatur in Spanien versprochen worden, aber merkwürdigerweise kam immer irgend etwas dazwischen, um die Erfüllung des Versprechens unmöglich zu machen. Man wird daher abwarten können, welche Taten diesmal den Worten folgen werden.

## Beamtenfragen

### Die Neuregelung der Beamtengehälter

Wäre noch nicht so bald eintreten, wie es die Beamten selbst wünschen, und wie es auch aus sachlichen Gründen durchaus erforderlich wäre. Die Reichsfinanzverwaltung, bereits während des ganzen Sommer- und Herbstes das Hauptthema für eine Aufhebung der Beamtengehälter, ist es auch jetzt wieder, die die sofortige Erhöhung dieser Angelegenheit hintertreibt. Dr. Luther, der seit dem Austritt Schliebens die Geschäfte des Finanzministeriums interimistisch führt, hat am Mittwoch im Reichstagsausschuß des Reichstages zwar ein hochpolitisches Verhalten vorangestellt; es geht nicht an, so meinte er, daß das dem Tode geweihte Kabinet noch nicht vor seinem Ableben einen so wichtigen Fragekomplex in Angriff nehme und damit der zukünftigen Regierung vorgehe. In der Hauptsache aber sind es offenbar sachliche, mehr mögliche Fragen, die der Reichsfinanzverwaltung ihre abweichende Haltung diktieren; man sucht die Erhöhung der Gehälter das Gleichgewicht im Haushalt zu stören. Der Ausschuß hat einhimmig — auch die Deutschnationalen gebärdeten sich nach ihrem Austritt wieder als Beamtenfreunde — die Vorlegung des einschlägigen Materials gefordert, und man wird binnen Kurzem sehen, wie sich die Gehaltsaufbesserung auch ohne Abkündigung der Finanzen durchführen läßt.

### Der Personalabbau soll eingestellt werden

Der Reichstag faßte am 27. November eine von allen Parteien unterzeichnete Entschließung, mit der die Reichsregierung ermahnt wird, auf die Reichsbahnverwaltung hinzuwirken, daß der Personalabbau für beendet erklärt wird. Diese Entschließung war auch von den Deutschnationalen unterzeichnet. Der Deutschnationale „Berliner Volk-Anzeiger“ aber schreibt zur selben Zeit: „Es ist nicht zu leugnen, daß noch eine gewisse Überzahl von Beamten und Arbeitern bei der Reichsbahn besteht.“ Hier stehen die öffentlichen Verlautbarungen einer Partei dem parlamentarischen Handeln diametral gegenüber. Was also wollen die Deutschnationalen?

## Angeestelltenfragen

### Die Veranlagung der Lohnsteuerpflichtigen zur Kirchensteuer

folgt schon seit Jahren nicht auf Grund der wirklich geleisteten Lohnsteuer, sondern unter Zuhilfenahme „angemessener“ Lohnsteuerbeträge. Außerdem gibt aber auch Fälle der Kirchensteuer an sich zu starken Bedenken Anlaß. Bewegte sich doch beispielsweise der im Jahre 1925 jobende Zuschlagssatz zur Lohnsteuerpauschalveranlagung, der Einkommensteuer zwischen 10 und 20 Prozent, so ist eine Steigerung der Kirchensteuer gegenüber der Kriegszeit um das Zehn- und Mehrfache. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat deshalb beantragt, 1. für Kirchensteuererhebung für das Jahr 1926 von der im § 1 vorgeesehenen Ermächtigung zur Festsetzung von Zuschlägen keinen Gebrauch zu machen, sondern auch erstmalig die Steuererhebung auf Grund der tatsächlichen Lohnsteuerzahlung durchzuführen; 2. auf die zukünftigen Kirchenbesörden einzuwirken, daß die Belastung insbesondere der Lohnsteuerpflichtigen durch die Kirchensteuer ein mit der Einkommensentwicklung in Einklang zu bringendes erträglicheres Maß zurückgeführt wird.

### Ruhrentschädigung für Angekettete.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt uns: Der Ruhrkampf hat große Teile der Angestellten in bitterste Not gebracht. Zahlreiche Angekettete haben ihrer Zeit ihre Existenz völlig verloren, andere sind in ein geschäftig worden, als sie vorübergehend ihre Stellung einbüßen haben oder mit einer schlechter besetzten Stellung für sich nehmen mußten. Die Leistungen

der Erwerbslosenfürsorge sind den Angeketteten nur zum Teil gewährt worden. Aber auch dort, wo die Unterstützung gewährt worden ist, hat sie wegen ihrer Unzulänglichkeit nicht vermocht, Not und Entbehrungen fernzujubeln. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß den Angeketteten durch die Erwerbslosenfürsorge und etwaige sonstige Zuwendungen in einem solchen Ausmaß geholfen worden wäre wie anderen Bevölkerungskreisen, nicht zuletzt den Arbeitgebern.

Da es aber nach unserem Dafürhalten nicht angeht, ausgerechnet die wirtschaftlich schwächsten Kreise von der Wiedergutmachung des ihnen zugefügten Schadens auszuscheiden, sind wir — wie auch die übrigen Gewerkschaften bereits vor Monaten beim Reichsarbeitsministerium für die Einbringung eines Gesetzesentwurfes eingetreten, in dem die Entschädigungsfrage auch für die Angeketteten durch eine befriedigende Lösung findet. Unser Vorgehen hat jedoch bisher lediglich den Erfolg gehabt, daß das Reichsarbeitsministerium endlich Ende September Richtlinien für die Gewährung einmaliger Zuwendungen an Arbeitnehmer des besetzten Gebietes herausgebracht hat. Da jedoch für die Durchführung dieser Richtlinien nur eine völlig unzulängliche Summe — 12 Millionen — zur Verfügung gestellt worden ist, ist der Erhalt der Unterstützung von derart erschwerenden Bedingungen abhängig gemacht worden, daß die Auszahlung in der Regel an die Nichterfüllung dieser Voraussetzungen geknüpft ist.

Wir können daher unter gar keinen Umständen in den jetzt zur Durchführung gelangenden Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums eine Erfüllung der von uns geltend gemachten Entschädigungsforderungen erblicken. Was wir für notwendig halten, ist eine rechtliche Wiedergutmachung der den Angeketteten und sonstigen Arbeitnehmern zugefügten Schädigungen, wobei weniger die eigentliche Lage als vielmehr die Tatsache der Schädigung an sich entscheidend ins Gewicht zu fallen hat. Unser Verlangen dürfte um so weniger als unbillich bezeichnet werden können, als schon jetzt Monate gerade im wesentlichen Industriegebiet auf neue Betriebsstilllegungen und Einschränkungen an der Tagesordnung sind, so daß zahlreiche Angekettete, die die entbehrungsreiche Zeit des Ruhrkampfes endlich überwinden zu haben glaubten, erneut der Beschäftigungslosigkeit mit allen ihren Folgen anheimfallen.

## Aus der Frauenbewegung

### Weibliche Bildungsfragen

behandelte Frau Emma Bedemann-Samborg auf dem Breslauer Parteitag. Sie führte u. a. aus: Der deutsche Mensch ist für uns nicht anders denkbar als geprägt von dem Willen zur Freiheit, zur Autonomie. Deshalb bezeichnet die preussische Denkschrift zur Neugestaltung des höheren Schulwesens mit Recht die Gedankenwelt der Schulklassen vornehmlich als „deutsche“. Es ist von unendlicher Bedeutung wegen der erzieherisch jugendlichen Kraft des Volkes, daß unsere große Zeit diese Bildungsfrage in großen Mannern gestaltet: Schiller, Goethe, Humboldt. Was aber die Mädchenbildung angeht, so ist diese zwar für sie überhaupt kaum je maßgebend geworden in dem hinter uns liegenden Jahrhundert. Allzuoft leitete die traditionelle körperlich-seelische Abhängigkeit, von der geistigen ganz zu schweigen, auf der Frau. Allzuoft war in Theorie und Praxis des 19. Jahrhunderts die Auffassung beherrschend: „Für den Mann ist oberstes Gesetz, was Gott will; für die Frau, was der Mann will.“ Die Beziehung zum Manne war oberster und letzter Maßstab, zugleich einziges und höchstes Ziel aller Mädchenbildung. Wenn das jetzt anders geworden ist, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, das Mädchenstudium (wie das Knabenstudium) so zu gestalten, daß es alle vorhandenen Kräfte des Geistes, des Gemütes, des Körpers ausbilde und Schule zur möglichst selbständigen Erfassung und Bewältigung der Probleme, die unsere Zeit und unser Gegenwartsleben bietet. So wird sich zwischen Knaben- und Mädchenschulen aller Stufen kaum ein Unterschied ergeben in der Aufgabe, die Schüler zu erziehen auf das Ziel hin, das allerdings Aufgabe eines langen Menschenlebens bleibt, das Ziel der charaktervollen selbständigen Persönlichkeit ihrer Zeit. Alle Mädchenbildung muß tüchtig machen zum Dienst der Frau an der Gesamtheit. All zu einseitig sieht man die Aufgabe der Frau in weiten Schichten als die der Hausfrau. Aber bedeutender ist ein anderes: daß die Frau Mutter, Familienmutter sei. Um das zu können, um Halt zu geben und Kraft zu spenden, muß die Frau aber ihre Wertungen und Bindungen, Gesetze und Sitten, erprobt haben in der Auseinandersetzung mit dem wirklichen Leben. Dabei geht der Dienst der Frau noch viel weiter. Sie will als Staatsbürgerin mitformen am Leben der Gesellschaft, der Gemeinde, des Staates.

Es sollte in unserem demokratischen Staat und in unserem heutigen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben bei dem starken Frauenüberschuß etwas Selbstverständliches sein, daß den Mädchen dieselben Möglichkeiten zur Arbeit, zu Beruf und Erwerb gegeben werden wie den Knaben. Es kann und darf da keine Schranken geben, als die, die nachgewiesen werden können in den Fähigkeiten des betr. Menschen. Wenn schon nach der Volkszählung von 1907 94 Millionen Frauen im Erwerbsleben standen, von denen eine große Zahl als Witwen selbständig ihre Familien ernähren mußten, so darf auch nirgends eine äußere Schranke dieser Notwendigkeit zu einer härteren und schmerzlicheren machen für das „schwache“ Geschlecht als für das „starke“. Dazu ist die Vorbildung, die trotz aller Forderungen noch nicht ganz erfüllt ist, daß die Frauen dieselben Bildungsmöglichkeiten haben. Man schaffe Schulen, die den mannigfachen geistigen und seelischen Kräften die Schulung geben, die sie zu ihrer

Auswirkung brauchen. Man sehe den Mädchen, ihrem Wissensdrang, ihrem Bildungstrieb nicht von vornherein ein aus Tradition und Geschlechtsbündel zusammengefügtes Vorurteil und willkürliche Schranken entgegen, sondern man gebe dem weiblichen Geiste Raum zu wachen und sich zu messen mit unserer gesamten Kultur. Dasselbe ist zu sagen von allen Fachschulen. Der Staat muß dieselben Möglichkeiten für Mädchen schaffen wie für Knaben: für gewerbliche, technische, geistige Ausbildung und Betätigung jeder Art.

Es gehört zu den wesentlichen Voraussetzungen des Gelingens aller weiblichen Bildungsaufgaben, daß die Frau an ihnen maßgeblich beteiligt ist. Noch aber gibt es deutsche Länder, in denen Schulen weniger als 15 Prozent aller Lehrkräfte Frauen sind — und es müßten doch 50 Prozent sein! Wir sind überzeugt, daß das Gefühl weiblicher Würde, weiblicher Jurisdiktion in weiten Kreisen unserer Jugendlichen besser ausgebildet wäre, wenn sie zuerst der Berufsbildung, z. B. in der Handelsschule, unter dem Einfluß gebildeter Frauen gestanden hätten, die ihnen durch ihr Vorbild Maßstäbe hätten setzen können. Die demokratische Partei hat damit, daß sie dieses Thema auf die Tagesordnung ihres Parteitages gesetzt hat, bewiesen, daß sie Auge und Sinn dafür hat, daß sie der Nation nicht helfen kann, wenn sie die Frauen vernachlässigt. Die erste selbständige politische Frau, Begründerin der Frauenbewegung, war eine Demokratin: Luise Otto Peters. Ihr Wort an das jüdische Ministerium: „Glauben Sie nicht, meine Herren, daß Sie die Arbeit organisieren können, wenn Sie nicht auch an die Arbeiterinnen denken“ gilt für alle Zweige nationalen Lebens. — Zum Schluß gab die Rednerin einen Eindruck von dem Kongress des Frauen-Weltbundes wieder, der im Mai in Washington stattfand. Dort habe eine der feinsten und geistvollsten Amerikanerinnen erklärt: „Wenn es in 50 Jahren noch einen nennenswerten Krieg zwischen den Kulturnationen gibt, haben die Frauen ihre Pflicht nicht getan.“ Wer sollte, so schloß die Rednerin, besser dazu fähig und mehr dazu berufen sein, die von der Natur gestiftete Heterie und Pflegerin des Lebens? Darum müßte den Frauen unseres Volkes zu einem selbstbewußten, starken und wirkenden Frauentum geholfen werden. So werde der Nation geholfen.

## Aus den Vereinen

### Deutsch-demokratische Frauengruppe.

Am Donnerstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Sohrenzoller Hof“, Magdeburgerstraße, die Weihnachtsfeier

der Frauengruppe statt. Musikalische und deklamatorische Darbietungen sollen den Abend verschönern. In der geplanten Verlosung werden kleine Geschenke am Soaleingang erbeten. Die Mitglieder der Frauengruppe werden eingeladen, zahlreich zu diesem jugendlichen Zusammensein zu erscheinen. Parteifreunde sind willkommen. Gäste können eingeführt werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Halle. Freitag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr im kleinen Volkspark-Saal Mitglieder-Versammlung.

Jugend-Abteilung: Jeden Donnerstag abends 8 Uhr in der Turnhalle der Wittkindschule, Friedensstraße.

## Mitteilungen

### Republikanische Studenten.

Das Kartell Republikanischer Studenten gibt seit einiger Zeit ein Mitteilungsblatt heraus, das sich durch Beiträge führender Professoren und Dozenten unserer Hochschulen auszeichnet. Das Blatt ist eine wertvolle Stütze gerade der jüngeren Kommissionen im geistigen Kampf um die Hochschule und jedem republikanischen Studenten auf das angelegentlichste zu empfehlen. Wer sich dafür interessiert, gebe umgehend seine Adresse an das Büro der Deutschen Demokratischen Partei, Halle S., Leipzigstraße 21. Probeummern gehen dann kostenfrei zu. Wert in Eurem Bekanntheitskreis!

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Gräfin zu Dohna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle.

Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Dessau.



# Eine Singer

mit Motor u. Nählicht  
\* Das nützlichste \*  
Weihnachts-Geschenk \*  
Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft

Halle, Leipziger Straße 23  
Merseburg, Kl. Ritterstraße 17  
Weißensee, Lindenstraße 4  
Stamberg, Markt 9  
Bitterfeld, Mühlstraße 24  
Duerfurt, Klippe 11.

Bei Sobel kauft man gut u. billig Glas, Porzellan, Emaillewaren

Großer

# Weihnachts-Verkauf:

**Damen-Hemd**  
in verschiedenen Ausführungen, Trägerform mit Hohlbaum oder Stickerei . . . 2.25 1.95 **0.98**

**Achselanschluß-Hemden**  
eig. Anfertigung, verschied. Qual. 3.50 3.00 **2.75**

**Damen-Beinkleider**  
mit Stickerei-Einsatz u. Hohlbaum 3.75 2.25 **1.30**

**Damen-Nachthemden**  
mit Einsatz und Stickerei . . . 4.75 3.95 **2.95**

**Damen-Prinzessrock**  
mit Hohlbaum und Stickerei . . . 5.95 4.25 **2.95**

**Für Auswärtige beste Bahn-Verbindung vom Hauptbahnhof mit Linie 7 bis vor unser Haus**

**Tischdecken** in Kochheinen, Tuch Rips . . . von **3.75**  
Gobeline und Kunstseide . . .

**Divandecken** zweiseitig, Fantasiege- webe, i. versch. Mustern u. Farb., griff. Qual. v. **11.50**

**Bettdecken** zweiseitig, Etamine mitschö- nen Einsätzen und Motiven . . . von **7.50**

**Wandbehänge** Perser, Verdure u. Bilder entzück. Neuheiten in unerreicht. Ausw. von **3.90**

**Haargarn-Teppiche** Riesenauswahl mod. Muster und Farben ca 130x200 160x240 200x300 250x350 300x400 von **33.50 49.50 74.00 115.00 162.00**

**Axminster-Teppiche** nur allerbeste Quali- täten fñhr. Fabriken c. 130x200 160x240 200x300 250x350 300x400 von **37.00 49.50 55.00 140.00 198.00**

**Woll-Diagonal** für Mäntel, in verschiedenen Farben ca. 130 cm breit **4.50**

**Cheviot** für Kleider und Röcke, marine und schwarz, reine Wolle **1.95**

**Karos** für Kleider und Blusen, in hübschen- Farbenstellungen, reine Wolle **2.95**

**Ein Posten Kammgarn-Twill** besonders vorteilhaft, marineblau, 130 cm **5.95**

**Prima Helvetia** beste Waschseide, riesige Auswahl, moderne Farben, 85/90 cm breit . . . Meter **4.50 3.95**

**Kleider-Samt** nur florieste Köperw., schwarz und farbig, ca. 70 cm breit . . . Meter **10.50 9.50 8.25**

**Cöperbarchent** für Waschtücher, solide Qualität . . . Mejer **0.75**

**Sportflanelle** in vielen modernen Streifen . . . **0.75**

**Molton** mollige Qualität . . . Meter **0.80**

**Schürzenstoff** gestreift, doppelbreit . . . **0.90**

**Schlafdecke** einfarbig mit Borde . . . **1.95**

Bei geringer Anzahlung reser- vieren wir gekaufte Waren bis Weihnachten.

## Brummer & Benjamin, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 22-24, Rannischer Platz.

# Der gute Plüschmantel Poewendachts

Fragen Sie Ihre Bekannten!

ist immer von

Halle (Saale)

### Echte Alpacca-Bestecke

mit Perland  
jahrelange Haltbarkeit garantiert.

Teelöffel	Stück	—50
Eßlöffel	Stück	—95
Gemüselöffel	Stück	3.50
Suppenschöpfer	Stück	5.25
Eßmesser	Stück	1.85
Eßgabeln	Stück	—95
Etui mit 1/2 Dtz. Teelöffel		4.35
Etui mit 1/2 Dtz. Eßlöffel		8.25

**C. F. Ritter, Halle S., Leipziger Straße 90.**

### Spielwaren



**Sehenswerte Ausstellung**  
Größte Auswahl  
Billigste Preise

Gekaufte Spielwaren werden bei e in em Drittel Anzahlung bis 19. Dez. bereitwilligst autbewahrt

**Burghardt & Becher**  
Halle a. S., Leipziger Straße 10

### Weihnachts-Freude

macht ein schöner

## Winter-Mantel

aus der enormen Auswahl von

*Mantel-Schau*

im Hochparterre. — Gr. Ulrichstr. 54.  
(Kein Laden).

### Strumpf-Modehaus

Leipzigerstr. 19 Gr. Ulrichstr. 32

### Hand- Schube

Enorm billiges Spezial-Angebot  
Glasceleeder 3.75  
la. Nappaleeder 4.90  
la. Nappa-Vollgef. 6.90  
Est. Winterleder 7.00  
Siegler, Stupper 5.50  
Spritzgeschäft  
Schießhader  
Leipziger Straße 14.  
Gegenüb. Café Fern.

Elegante Herren-Socken  
Wolle m. Seide  
Fit d' Ecosse  
Rihhed  
Fantasie  
Neueste Farbentöne.

Beim Einkauf beziehen Sie sich bitte auf die Inserate im „Politischen Wegweiser“

**Was ist des deutschen Staatsbürgers erste und wichtigste Pflicht?**  
Die Beschäftigung mit der Politik.

**Warum ist das die wichtigste Pflicht?**  
Weil von der Politik das Leben oder Sterben des Staates und Volkes, von der Innen- und Außenpolitik auch das Wohl u. Wehe jedes Einzelnen abhängt.

**Arbeite also mit als Mitglieder in den Reihen der Deutschen Demokrat. Partei!**

Anmeldungen in der Geschäftsstelle  
Halle/Saale, Leipziger Str. 21.

*Dr. Wundt'sches*



**Waschbär**  
Waggen!

Halle-S., Kl. Berlin 2.

**Auf Kredit!**  
Herren- und Damen- und Kleider- und Regenmäntel  
Büro- und Wintermäntel  
Garbieren  
Zephalie  
Blauweden  
Stropfen  
Gehobellen  
Reform  
Hinterbetten  
Stiele Teilzahlungen.

Recht auch nach aus- wärt.

**N. Fuchs**  
Halle a. d. S.  
Gr. Ulrichstraße 68  
I., II., III. Etage.

### Selbstbinder

tiefe Auswahl und moderne! Farben, kariert und gestreift.

**Preisliste:**  
Mk. 1.00 1.45 1.95 2.50  
2.95 3.50 3.95 4.50

**Moritz Rosewitz**  
Halle S., Steinweg 7.

Bei Sobel kauft man gut und billig Spielwaren.



